

Anbau von Frühkartoffeln in allen Gegenden, welche sich dazu eignen, ist auch in diesem Jahre zwingend notwendig. Ebenso wie in den letzten Jahren werden auch im kommenden Frühjahr die frühesten Sorten, die in Mitteldeutschland, Preußen und gartenmäßigen Kulturen gezogen sind, von der Festsetzung eines einheitlichen Höchstpreises für das Reichsgebiet und von der öffentlichen Bewirtschaftung, und zwar bis zum 30. Juni 1918, ausgenommen bleiben. Mit dem 1. Juli wird mit Rücksicht auf die Ernährungslage eine Bewirtschaftung der Frühkartoffeln nach Art der vorjährigen einleiten. Nach der inzwischen erlassenen Verordnung des Reichsernährungsministers vom 10. April 1900 (Reichsgesetzblatt Nr. 79) erfolgt die Preisregelung gleichfalls im wesentlichen wie 1918: Der Grundpreis beträgt demnach im Monat Juli 8 M für den Hektar. Er kann aber, um den großen Preisverhältnissen innerhalb der einzelnen Anbaugebiete in der Ertragsfähigkeit und in der Reifezeit der Frühkartoffeln gerecht zu werden, durch die Landes- und Provinzialkartoffelstellen nach den Verhältnissen in ihrem Anbaubereich mit Genehmigung der Reichskartoffelstelle wiederum erhöht werden, und zwar in Abweichung von der Regelung des Vorjahres bis zur Obergrenze von 12 M für den Hektar. Im August und September ist sodann der Preis durch die genannten Stellen auf den demnach festzusetzenden Preis für Herbstkartoffeln zu setzen.

Heu und Stroh der Ernte 1918. Im Reichsernährungsministerium haben eingehende Beratungen darüber stattgefunden, ob die staatliche Heufutterbewirtschaftung einschließlich der Höchstpreise und Vertriebsbeschränkungen etwa schon im gegenwärtigen Augenblicke aufgegeben werden könne. Da verschiedene Bundesstaaten noch mit erheblichen Heufuttermengen rüchend sind und die Gefahr besteht, daß bei vorzeitiger Aufhebung der Verordnungen die Versorgung der Pferde mit Heu und Stroh in den gemeinwirtschaftlich wichtigen Betrieben in Frage gestellt wird, hat sich der Reichsernährungsminister dahin entschieden, für das Heu und Stroh der Ernte 1918 noch die bestehenden Beschränkungen aufrecht zu erhalten; dagegen ist für die Heufutterernte 1919 völlig freier Verkehr in Aussicht genommen.

Wäsche- und Seuchemittel. Die Sachl. Landes-Preisprüfungsstelle schreibt: In den letzten Monaten hat der Vertrieb von unangenehm riechendem Wäsche- und Seuchemitteln, die in der Hauptsache aus Schmierwässhmitteln und Soja bestehen, eine große Ausdehnung genommen. In zahlreichen Zeitungsanzeigen werden entweder solche Waren zum Kauf angeboten oder Vertreter zu ihrem Vertrieb gesucht. In manchen Fällen werden sie verbottenermaßen sogar als Seuchemittel oder als Seife angepriesen. Vor dem Kauf und dem Gebrauch dieser Wässhmittel wird dringend gewarnt. Sie werden teilweise zu ganz unverantwortlich hohen Preisen gehandelt und dem Verbraucher angeführt oder sie sind für die damit zu behandelnden Wässhstoffe geradezu schädlich. Auf viele dieser Wässhmittel treffen diese Werturteile zu. Die bekannt unterliegenden alle Wäsche- und Reinigungsmittel für Wäsche und Körperpflege der Genehmigung durch den Reichsausschuss für Seife und Fettsäuren. Die Verkäufer müssen einen Ausweis vorlegen können, der die Nummer der Genehmigung und den Kleinfabrikationspreis zu enthalten hat. Für Körperwaschen und Seuchemittel sind für technische Zwecke ist zwar der Reichsausschuss nicht mehr zuständig, aber für den Verkauf in Säcken unterliegen sie nach der Verordnung vom 20. April 1918 der Anmelde- und Genehmigungsfrist. Leider finden gewissermaßen Händler dieser Wässhmittel Abnehmer, weil durch diese stark ätzenden Mittel der Schmutz aus der Wäsche ohne Mühe entfernt werden kann. Die Hausfrauen bedenken dabei aber nicht, daß durch eine drei- bis viermalige Behandlung der Wäsche mit solchen Mitteln die Gewebefasern zerbrechen, müde und brüchig, die Wäsche also verdorben und vorzeitig verbraucht wird. Die genehmigten Wässhmittel sind im allgemeinen zu Preisen bis zu 60 Pf für das Pfund bei Abgabe an den Verbraucher zugelassen. Wässhmittel, die zu höheren Preisen angeboten werden, und solche, für die ein Genehmigungschein nicht vorgelegt werden kann, wolle man im eigenen Interesse zurückweisen.

Gründungsversammlung der Gemeindeverbände. findet am Montag, den 28. April 1918, nachm. 7 Uhr im Sitzungssaal in der Zentralschule statt. Beratungsgegenstände: 1. Mitteilungen. 2. Antrag auf Errichtung eines gemeinsamen Bezirkes für Volkshilfsarbeiten für die Stadt Riesa und die umliegenden Gemeinden. Berichterstatter: Herr Schmidt. 3. Errichtung von 4 weiteren Hochbrunnen für die Wasserwerkstation. Berichterstatter: Herr Münda. 4. Errichtung eines 800 Kubikmeter großen Erdenbehalters für das Wasserwerk in Weida und Vergebung der Bauarbeiten für denselben. Berichterstatter: Herr Dr. Baumf. 5. Antrag des Gaswerksauschusses auf Erhöhung des Gaspreises. Berichterstatter: Herr Kiesel. 6. Antrag des Gaswerksauschusses auf Erhöhung des Kokspreises. Berichterstatter: Herr Henschel. 7. Besuch der Gemeindebeamten und Angestellten um Verabreichung der Gehaltsbezüge und Gewährung von Wohnungsgeld. Berichterstatter: Herr Vammel. 8. Erhöhung der Ruhestandsunterstützung für die fähigere Bedamme Warrmann. Berichterstatter: Herr Apelt. 9. Neuorganisation der Volkshilfsarbeiten für öffentliche Luftarbeiten. Berichterstatter: Herr Dorn. 10. Ersuchen um Erhöhung des jährlichen Beitrags für die Volkshilfsarbeiten. Berichterstatter: Herr Gem. V. G. 11. Ersuchen der zum Beerdienst einberufenen gewesenen Soldaten Arbeiter um Rückzahlung des früher angerechneten von der Firma gezahlten Unterstützungsbetrags. Berichterstatter: Herr Hannes. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Dresden. Die erste Tagung für Wohnungswesen wurde gestern vormittag 9 Uhr im Vereinshaus eröffnet. Unter den zahlreichen Anwesenden bemerkte man viele Mitglieder des Landesvereins sächsischer Heimatlichen und der sächsischen Zentralkasse für Wohnungswesen. Auch die Technische Hochschule, das Landeswohnungsamt und das Nationalhygienemuseum waren vertreten. U. a. waren Geh. Baurat Dr. Schmidt, Geh. Kommerzienrat Wärmis, Staatsminister a. D. Dr. Koch und Geh. Baurat Bähr anwesend. Den ersten Vortrag hielt Oberbaudirektor Prof. Köhler über Siedlungspläne, Bauordnungen und Bauverordnungen. In seinen Ausführungen betont er u. a., daß die Stadt Dresden neue Bauordnungen für das Wohnungs- und besonders für das gewerbliche Bauwesen erlassen habe. Abhängig sei die Baufrage ganz besonders von der Bodenfrage und darum sei es notwendig, daß eine Veränderung des Bodenrechts eintrete und somit die Bodeninspektion aufgehoben werden. Ebenso sei eine Änderung des Baurechts erforderlich. Seine weiteren Ausführungen über Siedlungspläne ländlicher und städtischer Verhältnisse fanden unter Vorführung von Lichtbildern statt. Als nächster Redner sprach Geh. Baurat Professor Gensmer über Tiefbaufragen im Siedlungswesen und behandelte technische Fragen des Wasserrohr- und Schienenbaus. Daran schloß sich der Vortrag von Bauamtmann Wähner über Einheitsformen im Hausbau, wobei er eingehend die Forderungen behandelt, die an eine gute Wohnhausform gestellt werden müssen und wobei man sich nicht von der Billigkeit des Baues, sondern von dem wirtschaftlichen Vorzug desselben leiten lassen müsse. Der gegenwärtige Baustoffmangel und die Teuerung zwänge uns, Baumaterial zu unterlassen, die nicht dem wahren Wert der Wohnungen gerecht würden. Bei den Vorteilen von Wohnhausformen hebt der Redner hervor, daß sich die Verkauflichkeit und die Vermietung der nach Typen gebauten Häuser leichter gestaltet. Außerdem werde die Zeit des Baues verkürzt, da sich die baupolitischen Vorschriften dabei wie-

berholen. Als letzter Vortragender sprach Hofstimmermeister Woad über sparsame Bauausführungen. Für den gestrigen Nachmittag dieser Tagung war die Besichtigung der Paulkolonien der Bauengesellschaft Dresden-Land in Niederleißnig, Gossau und der Eigenheimsiedlungen in Friedland, sowie die Besichtigung der Heilbäder des Hofstimmermeisters Woad in Neu-Oranien vorgeleben. Heute findet die Tagung ihren Fortgang in Vorträgen über baupolitische Fragen und in einer Besichtigung der Ausstellung für Wohnungsbau.

Dresden. Die sächsische-royale Regierung kauft von der sächsischen Regierung für 6 Millionen Kronen Schiffe zum Zwecke der Elbfischerei. — Vor der jüngsten Strafkammer des Dresdener Landgerichts begann gestern Freitag vormittag 9 Uhr der Prozeß gegen den Kommunistenführer Kühle und fünf Genossen.

Sittau. Von einem Großfeuer wurden in der vergangenen Nacht die Phänomen-Werke Gubau, H. W. Helmsfeldt. Das am Bahndorf gelegene große alte Gebäude, in dem die Fabrikation betrieben wurde, wurde vollkommen zerstört.

Kau. Nachdem schon wiederholt im Gefrierhaus des hiesigen händlichen Schlachthofes, in dem die Fleischvorräte aufbewahrt werden, eingeschrieben worden war, wurden letzte Nacht die beiden Fleischermischer Tröger und Fäße von hier auf früherer Tat erwischt. Sie hatten sich mittels Nachschlüssel Einlass in das Gefrierhaus verschafft.

Leipzig. Der Straßenbahnverkehr dauert fort. In einer gestern vormittag abgehaltenen Versammlung lehrten die Direktoren die Vorstände der Direktion ab. Es wird eine Delegation gewählt, die beim Bürgermeister Schritte unternehmen soll, um die Verstaatlichung der Straßenbahn zu beschleunigen und darauf hinzuwirken, daß die Verstaatlichung der Straßenbahn aller Gruppen in sächsische Regale übernommen wird. — Reichspräsident Ebert hat an den Rat der Stadt Leipzig auf die Einlabung, die bevorstehende Leipziger Frühjahrsmesse zu besuchen, folgende Entschiedenheit gelangen lassen: Dem Rat der Stadt Leipzig befehle ich, für die freundliche Einladung zum Besuche der Leipziger Frühjahrsmesse meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. In meinem großen Bedauern gestatten es mir die gegenwärtigen Verhältnisse im deutschen Vaterlande, die meine dauernde Anwesenheit am Orte der Regierung notwendig machen, nicht, dem großen Ereignis der Frühjahrsmesse persönlich beizuwohnen. Ich hoffe, daß die Messe alle an sie gestellten Erwartungen betrieblig und zu der so sehr erwünschten Belebung der deutschen Ausfuhr wesentlich beiträgt. — Ebert.

Leipzig. Die Verhängung des Belagerungszustandes über Sachsen durch die Reichsregierung wird von der „Leipziger Volkszeitung“ als eine unangelegentlich Propaganda der Leipziger Arbeiterkraft bezeichnet, die beantragen wird, um einen Vorwand für die Entsendung von Weissen Garben nach Leipzig zu haben. Die Verhängung des Belagerungszustandes bedeutete eine Kriegserklärung an die Leipziger Arbeiterkraft, die den Kampf aufnehmen und sich nicht unter die Willkür der Generäle beugen werde. Der Leipziger Große Arbeiterrat hat einen ungehörigen Verlauf der Leipziger Entschlossenheit garantiert. Wenn nunmehr die sächsische Regierung mit allen Kräfte darauf hinwirkt, die Ruhe und Ordnung in Leipzig zu stören, so erklärt der Große Arbeiterrat dazu: Wenn bis Sonntag die sächsische Regierung den Belagerungszustand nicht aufgehoben und nicht dafür Sorge getragen hat, daß die Ebert-Steinmann und nicht ihrerseits verhängten Belagerungszustand wieder aufheben, so nimmt der Leipziger Arbeiterrat seine Garantieleistung für einen ungehörigen Verlauf der Leipziger Entschlossenheit zurück, sobald das Schicksal dieser Messe vollständig ungewiß sein wird. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: Die sächsische Regierung hat das Schicksal der Leipziger Messe in der Hand. Sieht sie ihre Propaganda fort, so muß sie damit rechnen, daß die Ostermesse nicht stattfinden kann. Die sächsische Regierung trägt jedoch noch weit schwerere Verantwortung. Wenn sie die Hundstunde Koks auf Leipzig legt, so wird sie eine furchtbare Katastrophe heraufbeschwören. Die Folgen, die daraus für die größte Stadt des Landes und damit für ganz Sachsen entstehen werden, sind unübersehbar. — Hierzu wird von maßgebender Seite bemerkt: Wenn es noch eines Beweises für die Notwendigkeit einer Veränderung in den Leipziger Verhältnissen bedürft hätte, so läge er in dieser unerhörten Kriegserklärung an Reichs- und Landesregierung vor. Auf welcher Basis die Ruhe und Ordnung in Leipzig sich aufbaut, dafür zengt die Ausschleutung gegen das Staatsganze. Um einer Nachprobe willen will der Leipziger Arbeiterrat die Ostermesse nicht stattfinden lassen, nur um sich in dem Besitz einer Gewalt zu halten, die ihm in keiner Weise zukommt. Gegen eine solche Atomisierung des Reiches, bei der jede lokale Organisation ihr eigener Herr und König sein will, muß die Reichsregierung pflichtgemäß einwirken.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 26. April 1918.

Wahlungen der Berliner Morgenblätter. Die amerikanische Gesandtschaft in Rom den Rücktritt von seinem Posten erklärt, weil er, wie „Italia“ meldet, den Standpunkt Wilsons nicht billigt. — Ueber die Lage in München meldet der „Lokalanz“: Die Hausfahrungen, die als Vorwand zur Veränderung und Erweiterung dienen, dauern an. Offiziere, die sich von den Sozialisten anwerben lassen, bekommen 15 000 M. Gehalt und ein Monatsgehalt von 3000 M. Unteroffiziere ein Gehalt von 3000 M. und 1000 M. Monatsgehalt. Man erwartet, daß am 1. Mai in Nürnberg der Anschlag an die Kaiserpublik in München proklamiert werden wird. — Der „Volk. Sta.“ geht aus Antwerpen die Nachricht aus, daß die Generaldirektion der Vereinten Königs- und Kaiserhöflichkeit der Arbeiter- und Beamten-Ausschüssen mitgeteilt hat, sie sollten die Schließung des Betriebes bis 30. Mai vorbereiten. — Nach dem „Berl. Tagbl.“ richtet sich das Rührberger Generalkommando auf eine hartnäckige Verteidigung ein. In Veroldsberg, einem hochgelegenen Vorort Rührbergs, wurde eine Reihe leichter Geschütze eingebaut. Aus den nordbayerischen Garnisonen sind Truppen eingetroffen. — Nach einem Telegramm des „Berl. Tagbl.“ aus Wien sind in Budapest auf neue viele ehemalige Abgeordnete, sowie eine Anzahl Schriftsteller, Journalisten und Bankdirektoren verhaftet worden. — Laut „Lokalanz“ aus Basel meldet das polnische Pressebüro: die schwere Beschlebung der Stadt Bemberg durch die ukrainische Artillerie dauert fort. Zahlreiche Bewohner wurden durch Granaten getötet und eine Anzahl Häuser zerstört. — Wie dem „Lok. Anz.“ berichtet wird, fanden gestern in Rom Massenemonstrationen für die italienischen Adriauforderungen statt. — Wie dem „Lokalanz“ aus auserlissener Quelle von neutraler Seite berichtet wird, befinden sich unter den 6000 in Riga erkrankten Personen auch eine Anzahl britischer Staatsangehöriger. Ebenso ist die Zahl der erkrankten Reichsdeutschen, von denen sich einige Tausend in Riga befinden, noch nicht festgesetzt.

Reichliche Bekämpfung Deutschlands in Paris. Die deutsche Regierung schiene zu einer trübseligen Haltung bei den Friedensgesprächen entschlossen zu sein. Ihr Auftreten sei die einzige Art, endlich Sicherheit zu bekommen, die der gesamten Haltung der Alliierten fehle. Dazu wäre es Zeit, ebenso zu einer deutlichen Antwort an Deutschland. Mehr als je drohe die Gefahr des Volksemissars in Deutschland, wenn die Alliierten nicht baldigst deut-

lich erklärten, daß sie wirklich so verhandeln wollten, daß der deutschen Regierung die Unterzeichnung des Friedens möglich werde.

Freiburg (Breisgau). Gelegenlich einer Tagung des Nationalen Bürgervereins sprach der Präsident der deutschen Nationalversammlung Friedrich über die politische Lage, wobei er als sicher bezeichnet, daß Wilson geneigt sei, auf seinen 14 Punkten zu bestehen. Es sei sehr leicht möglich, daß das Plenum der Nationalversammlung einberufen werde, um über die Unterzeichnung des Friedensvertrages Beschluß zu fassen sowie auch um bei den Friedensverhandlungen selbst mitzuwirken. Bis zum 5. Mai dürften die Verhandlungen soweit gediehen sein, um die Beschlüsse des Friedensausschusses im Plenum zu erörtern, vielleicht zum Abschluß zu bringen. „Wir sind uns nicht darüber im Zweifel“, sagte er u. a., „was es namentlich für die Südwest-Gebiete des Reiches bedeuten würde, wenn die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgelehnt wird. Jedenfalls nehme ich an, daß wir einen Frieden nicht unterzeichnen, der die Forderungen noch weiterhin in Gefangenschaft beläßt und der nicht die Aufhebung der Blockade bringt. Wir werden auch einen Frieden nicht unterzeichnen, der das Saargebiet den Feinden ausliefert und Danzig den Polen zurückerlangt. Ungeheuer ist die Verantwortung, Reichsleitung und Parlament tragen sie gemeinsam und hinter ihnen steht das gesamte deutsche Volk. Das sollen unsere Feinde wissen und das soll in ihre Hände dringen, daß wir nicht jeden Frieden, der diktiert wird, annehmen, und daß wir kein Sklavenvolk sein wollen.“

Reichstagsrat und Ausgangeverkehr im Hamburger Hafen. Im Hamburger Hafen sind in den letzten Tagen 4 deutsche Dampfer aus Skandinavien mit Papier und Papiermasse eingetroffen. Ueberhaupt gestaltet sich allmählich der Ein- und Ausgangeverkehr im Hamburger Hafen sehr lebhafter. Zu dem Verkehr mit den skandinavischen Ländern stellt sich jetzt noch derjenige mit Holland. Es sind bereits von Hamburg Dampfer nach Dordrecht abgefertigt, für die als Deutscher Postdampfer bezeichnet sind. Aus Skandinavien kommen besonders Fischladungen, aber auch schon andere Ladungen.

Unruhen im Ruhrgebiet. Bochum. In Buer kam es gestern nachmittag zu schweren Unruhen. Aufrührerische Menschenmassen räumten die Kaufhäuser, Kleidermagazine und Bierengeldläden, zerstörten die Schaufensterdekorationen und plünderten die Bäckereien. In den Straßenbahnwagen wurden die Fenster zertrümmert. Zwischen der Menge und den eingreifenden Polizisten entwickelten sich Kämpfe, bei denen es Verwundete gab. Gestern abend trafen Regierungstruppen aus Gladbeck ein, die die Ruhe wiederherstellten. Einzelne Räuberführer wurden verhaftet.

Ueber die Abreise Orlando. Genf. Die Pariser Presse bekräftigt den außerordentlichen Ernst der durch die Abreise Orlando geschaffenen Lage. Nur ganz offiziöse Blätter, wie das „Petit Journal“ und der „Petit Parisien“ versuchen einen Einfluß über die Abreisefrage noch immer als nicht unmöglich hinzustellen. Der „Temps“ glaubt, daß Orlando noch vor seiner Abreise versichert habe, daß Sonnino den von der Entente mit Deutschland abzuschließenden Frieden trotz des Bruches mitunterzeichnen wird. Das „Echo de Paris“ stellt fest, daß die Entente tief erschüttert sei. Die durch Wilsons Sekretär am Dienstag abgegebene Erklärung, Amerika werde an einem serbisch-italienischen Krieg nicht teilnehmen, vielleicht aber Italien die diplomatische Führung abgeben, kennzeichnet die diplomatische Lage.

Lugano. Orlando wurde heute, Sonnabend, vormittag 11 Uhr in Rom erwartet. Sowohl in Rom wie in Turin, wo er heute nachmittag eintreffen sollte, werden Vorbereitungen zu außerordentlichen patriotischen Kundgebungen getroffen, um Wilson und dem gesamten Auslande den festen Willen Italiens zu zeigen, um seinen Vollen Beitrag zu seinem Programm zu leisten. — Orlando erhielt ein Telegramm von 208 der 300 Senatoren und von 323 der 300 Kammermitglieder, in dem diese erklärten, daß ganz Italien sich mit Orlando einig fühle. Die Italiener betrachten Wilsons Manifest als ein italienisches Volksgesetz, erklären aber, daß sämtliche Italiener mit Ausnahme des äußersten sozialistischen Flügels sich zusammenschließen werden und daß sogar die Bisolati-Gruppe sich gegen Wilson richten wird. Die Italiener erklären weiter, daß Wilsons Manifest einen guten Klang haben würde, wenn er nicht auf Grund seiner 14 Punkte bereits vorher ein Kompromiß zugunsten Frankreichs zu schließen gezwungen gewesen wäre.

Lugano. Die Sprache der italienischen Presse übertrifft an Heftigkeit alles Bisherige. Die Blätter überschüßeln Wilson mit Invektiven, iparen aber auch nicht mit härtesten Seitenhieben gegen die von Wilson bezogenen Verbündeten England und Frankreich. Die Drohung einer Rückkehr zu Deutschland kommt in der Presse und im Substitut immer unerbittlicher zum Ausdruck. „Popolo d'Italia“ beschwört alle italienischen Freunde in England und Frankreich, die Vollendung dieser Tragödie zu verhindern, welche das Ende der Allianz bedeuten würde. In dem Augenblick, wo die deutschen Delegierten nach Paris kommen, wolle Wilson das deutsche Danks und das italienische Hymne einer Bande internationaler Vampire auslösen, was die Grundlage zu einer deutsch-italienischen Solidarität legen würde.

Genf. Mit einer einzigen Ausnahme ergreift die bürgerliche Presse Frankreichs Partei für Italien, und der so lange unterdrückte Unwille gegen Wilson und seinen Vorgesetzten spricht sich in heftigen Äußerungen aus, in denen die Genjur harte Sreidungen vorgenommen hat. Die einzige Ausnahme ist, wie zu erwarten war, das „Journal des Debats“, dessen Leitartikel Savain den Kampf gegen den italienischen Imperialismus zu seiner Spezialität erwählt hat.

Bern. Aus New York wird berichtet: Das deutsche U-Boot 3, das als Besatzung zur Siegesanketpropaganda nach Amerika gebracht werden sollte, ist nach kürzlichem Fahrt angekommen. Es verließ Plymouth am 7. April mit vier Offizieren und 24 Mann. Während der ganzen Fahrt kämpfte die Ruschale mit Sturm und Schwerk See. Das Boot, das sonst 16 Knoten läuft, vermochte durchschnittlich nur 10 zu machen. Drei Tage von New York bekam die eine Maschine Störung, so daß das Boot die Reise nur mit der anderen fortsetzen mußte. Der Proviant sank, und die Mannschaft wurde die drei letzten Tage ausschließlich mit Vögelfleisch und Salze versorgt. Den letzten Tag trug die das Boot immer weiter auf dem Wasser heraus und das Brennmaterial wurde so knapp, daß es bei der Landung nur noch für fünf Tage damit versehen war.

Deutschlands Handelsverkehr mit den Neutralen. Amsterd. Wie das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet, haben die assoziierten Regierungen nach Mitteilungen aus Handelskreisen für den zugelassenen Handelsverkehr zwischen Deutschland und den Neutralen folgende Bedingungen festgesetzt: 1. Alle verfügbaren Wege können benutzt werden. 2. Mitteilungen bezüglich der Einfuhr nach Deutschland müssen sich vorläufig ausschließlich auf Lebensmittel beziehen. 3. Mitteilungen bezüglich der Ausfuhr aus Deutschland dürfen sich nicht auf andere Handelsartikel als Gold, Silber und für den Handel zugelassene Kriegsvorrichtungen oder Material beziehen. 4. Transaktionen für Opelina-